

Meine Arbeit wird weder von einer Organisation, noch von einem Verlag unterstützt – ich bin daher auf **Spenden** angewiesen.<sup>1</sup>

GRALSMACHT, IBAN: DE 09 733 699 200 003 728 927

Rudolf Steiner: "Und es ist schon so, daß die heutige Menschheit notwendig hat, um eine richtige Stellung zur künftigen Ahrimaninkarnation zu gewinnen, über das Innere objektiver zu werden, in das Äußere viel, viel Subjektives, aber nicht Phantasiegebilde, sondern Interesse, Aufmerksamkeit, Hingabe hineinzubringen, insbesondere aber auch Interesse, Hingabe an die Dinge des Lebens, des unmittelbaren Lebens."  
(GA 191, 2. 11. 1919, S. 221, Ausgabe 1989)

Herwig Duschek, 31. 1. 2019 [www.gralsmacht.eu](http://www.gralsmacht.eu) [www.gralsmacht.com](http://www.gralsmacht.com)

## 2977. Artikel zu den Zeitereignissen

# Regimechange in Venezuela? – Geschichte und Hintergründe (5)

Auch nachfolgende Meldung von heute überrascht nicht, sondern ist offensichtlich Teil eines Fahrplans:<sup>2</sup>



Venezolanischer Interimspräsident

## EU-Parlament erkennt Guaidó an

Stand: 31.01.2019 12:56 Uhr



In Venezuela tobt ein Machtkampf zwischen Staatschef Maduro und dem Oppositionsführer. Nun prescht das Europaparlament vor und erklärte, Guaidó als Interimspräsidenten anzuerkennen.

*... Als Grund für die klare Positionierung wurden in der verabschiedeten Erklärung die jüngsten Äußerungen des amtierenden Präsidenten Nicolas Maduro genannt. Dieser hatte die EU-Forderung nach einer umgehenden fairen Neuwahl des Präsidenten in dem Land öffentlich abgelehnt.<sup>3</sup>*

Nun hält sich die EU nicht einmal mehr an das eigene Ultimatum, das erst am Sonntag (3.2.) abläuft (*tagesschau.de* erweckt mit ihrer Überschrift einen falschen Eindruck):<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Siehe auch Artikel 1122 (S. 1) und 1123 (S. 1).

<sup>2</sup> Siehe Artikel 2976 und die bisherigen Artikel zum Thema

<sup>3</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/europaparlament-guaido-101.html>

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/europaparlament-guaido-101.html>

## Ultimatum abgelaufen

Mehrere europäische Staaten wie Deutschland, Frankreich und Spanien hatten Maduro am vergangenen Wochenende ein Ultimatum gestellt. Die Drohung lautete: Ruft Maduro bis zu diesem Sonntag keine freien und fairen Wahlen aus, wollen sie Guaidó, der sich selbst zum Interimsstaatschef erklärt hat, als Übergangspräsidenten anerkennen.

Hatten die Amis dazwischengefunkt, daß die EU-Vasallen heute schon Juan Guadio als Interimspräsident anerkennen sollten, um schneller weitere Schritte einleiten zu können?

Ich fahre mit dem sehr interessanten Artikel von Thierry Meyssan fort:<sup>5</sup>

### Kolumbien

*Kolumbien ist ein Staat aber keine Nation. Die Bevölkerung lebt geografisch getrennt nach sozialen Schichten mit enormen Unterschieden in der Lebensqualität. Kaum ein Kolumbianer hat jemals eine Zeit in einer Nachbarschaft verbracht, die einer anderen sozialen Schicht als seiner eigenen zugeordnet wurde. Diese strikte Trennung hat die Vermehrung paramilitärischer Kräfte und damit bewaffneter innerer Konflikte ermöglicht, die in dreißig Jahren mehr als 220.000 Opfer gefordert haben.*

*Präsident Ivan Duque (s.re.), der seit August 2018 an der Macht ist, hat den fragilen Frieden, den sein Vorgänger Juan Manuel Santos mit der FARC geschlossen hatte, in Frage gestellt – nicht jedoch mit der ELN. Er hat die Option einer militärischen Intervention gegen Venezuela nicht abgewiesen.*



*Laut Nicolas Maduro bilden die Vereinigten Staaten derzeit 734 Söldner in einem Trainingslager in Tona aus, um eine Operation unter falscher Flagge durchzuführen, die einen Krieg mit Venezuela auslösen soll. In Anbetracht der soziologischen Besonderheiten Kolumbiens ist es unmöglich, mit Sicherheit zu bestimmen, ob das Trainingslager von Bogota kontrolliert wird oder nicht.*

(Ivan Duque,<sup>6</sup> Jahrgang 1976, ... studierte Rechtswissenschaften an der privaten katholischen Universität Sergio Arboleda sowie an der American University und der Georgetown University, Washington, D.C.<sup>7</sup> ...)

### Guyana

*Im 19. Jahrhundert stimmten die Kolonialmächte einer Grenze zwischen Britisch-Guyana (derzeit Guyana) und Niederländisch-Guyana (derzeit Surinam) zu. Kein Text hat jedoch jemals die Grenze zwischen der britischen Zone und der spanischen Zone (derzeit Venezuela) definiert. Guyana verwaltet somit 160.000 km<sup>2</sup> Wald, der immer noch von seinem größeren*

<sup>5</sup> <https://www.voltairenet.org/article204656.html> (vom 8.1.2019. Hinweis bekam ich.) S. auch Artikel 2976.

<sup>6</sup> <https://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1659349/>

<sup>7</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Iv%C3%A1n\\_Duque](https://de.wikipedia.org/wiki/Iv%C3%A1n_Duque)

Nachbarn beansprucht wird. Aufgrund des Genfer Abkommens vom 17. Februar 1966 übergaben die beiden Staaten den Streitfall dem Generalsekretär der UNO (damals das burmesische U Thant). Seitdem hat sich nichts geändert. – Guyana hat vorgeschlagen, den Fall vor dem Ständigen Schiedsgericht der UNO zu verklagen, während Venezuela direkte Verhandlungen bevorzugt.



(<https://amerika21.de/2015/09/131480/venezuela-guyana-botschafter>) (Google schlägt das Gebiet im wesentlichen schon einmal Guyana zu ...)

Dieser Territorialstreit scheint nicht besonders dringend zu sein, da es sich bei dem umkämpften Gebiet um einen unbewohnten Wald handelt, der als wertlos angesehen wurde. Allerdings handelt es sich um ein riesiges Gebiet, das zwei Drittel von Guyana ausmacht. Das Genfer Abkommen wurde 15 Mal von Guyana verletzt, das ausdrücklich die Ausbeutung einer Goldmine genehmigte. Vor allem wurden die Einsätze 2015 erhöht, als ExxonMobil Ölvorkommen im Atlantischen Ozean entdeckte, insbesondere in den Hoheitsgewässern des umkämpften Gebiets.



(Rex Tillerson war der Direktor von ExxonMobil zum Zeitpunkt der Entdeckung von Ölvorkommen in Guyana. Kurz darauf wurde er US-Außenminister.<sup>8</sup>)

Die Bevölkerung von Guyana setzt sich aus 40% Inder, 30% Afrikaner, 20% Mischrasse und 10% Indianer zusammen. Die Inder sind stark im Öffentlichen Dienst und die Afrikaner in der Armee vertreten.

Am 21. Dezember wurde gegen die Regierung von Präsident David Granger, einem pro-britischen, anti-venezolanischen General, der seit 2015 an der Macht ist, ein Misstrauensvotum abgegeben. Zu aller Überraschung stimmte ein Abgeordneter, Charrandas Persaud, gegen seine eigene Partei, und in einer Atmosphäre von unbeschreiblichem Chaos wollte er den Sturz der Regierung, die nur eine Stimme hatte, provozieren. Seitdem befindet sich das Land in einem Zustand großer Instabilität – wir wissen nicht ob Präsident Granger, der sich derzeit einer Chemotherapie unterzieht, in der Lage ist, die aktuellen Angelegenheiten zu erledigen, während Charrandas Persaud das Parlament über eine Hintertür mit einer Eskorte verlassen hatte und nach Kanada geflüchtet ist.

<sup>8</sup> <https://www.voltairenet.org/article204656.html>

Am 22. Dezember 2018 unternahmen die Unterseeboote "Ramform Tethys" (unter der Flagge der Bahamas) und das "Delto Monarch" (Trinidad und Tobago) in Abwesenheit der Regierung im Auftrag von Exxon-Mobil eine Erkundungstauchfahrt in der umstrittenen Zone. In Anbetracht dessen, dass dieses Eindringen gegen das Genfer Abkommen verstieß, verjagte die venezolanische Armee die beiden Schiffe. Der guyanische Außenminister erklärte, es sei ein Akt der Feindseligkeit.

Der Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs, Gavin Williamson, erklärte am 30. Dezember 2018 im "Sunday Telegraph", dass die Krone die Entkolonialisierung – die Whitehalls-Doktrin seit der Suez-Affäre 1956 – beenden würde. London bereitet sich auf die Eröffnung einer neuen Militärbasis in der Karibik vor (Großbritannien hat derzeit nur Stützpunkte in Gibraltar, Zypern, Diego Garcia und auf den Falklandinseln). Die neue Basis könnte sich auf Montserrat (Westindien) oder wahrscheinlicher in Guyana befinden und sollte 2022 betriebsbereit sein.<sup>9</sup>

Guyana ist ein Nachbar von Surinam (Niederländisch-Guyana). Sein Präsident Desi Bouterse wird in Europa wegen Drogenhandels gesucht – eine Angelegenheit, die seiner Wahl vorausging. Sein Sohn Dino wurde jedoch 2013 in Panama festgenommen, obwohl er mit einem diplomatischen Pass in dieses Land eingereist war. Er wurde in die Vereinigten Staaten ausgeliefert, wo er wegen Drogenschmuggels zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt wurde – in Wirklichkeit weil er die libanesische Hisbollah in Surinam eingerichtet hatte.

### Brasilien

Im Mai 2016 hat Henrique Meirelles, Finanzminister der libanesisch-brasilianischen Übergangsregierung Michel Temer, den israelisch-brasilianischen Ilan Goldfajn zum Direktor der Zentralbank ernannt. Meirelles hatte auch das Komitee bei der Vorbereitung der Olympischen Spiele präsiert und Tsahal aufgefordert, die brasilianische Armee und die Polizei zu koordinieren, um so die Sicherheit der Spiele zu gewährleisten. Wenn Israel gleichzeitig die Zentralbank, die Armee und die brasilianische Polizei kontrollierte, hatte es keine Schwierigkeiten, die Volksbewegung der Unzufriedenheit angesichts der Inkompetenz der Arbeiterpartei zu unterstützen.

In der Überzeugung, dass die Präsidentin Dilma Rousseff die öffentlichen Konten im Zusammenhang mit dem Petrobras-Skandal frisiert hätte, haben die Parlamentarier sie – ohne jeden Beweis zu erbringen – im August 2016 angeklagt.

Während der Präsidentschaftswahlen von 2018 ging der Kandidat Jair Bolsonaro nach Israel, um sich in den Gewässern des Jordans taufen zu lassen, und erhielt daher einen massiven Prozentsatz der evangelischen Stimmen. Er wurde von General Hamilton Mourao als sein Vizepräsident gewählt. Während der Übergangszeit erklärte Mourao, Brasilien müsse sich nach dem Sturz von Präsident Maduro darauf vorbereiten, Männer als "Friedenstruppe" nach Venezuela zu schicken – ein Kommentar, der eine kaum verhüllte Bedrohung darstellt, obgleich Präsident Bolsonaro versucht hatte, diesen "unter den Teppich zu kehren".

(Fortsetzung folgt.)

---

<sup>9</sup> Unter Anmerkung 7 steht: "Wir eröffnen neue Stützpunkte in Übersee, um Großbritannien zu stärken", Christopher Hope, *Sunday Telegraph*, 30. Dezember 2018.